

Frau  
Stadtverordnete  
Dr. Elke Therre-Staal  
Schückingstraße 23

**35037 Marburg**

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom  
29.06.2012**

hier: Frage Nr. 29

**Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu erteilen, auf welcher rechtlichen Grundlage ein Verbot von Plastiktüten in Geschäften der Marburger Innenstadt in Erwägung zu ziehen ist.**

Sehr geehrte Frau Dr. Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Hierzu fehlt in der BRD derzeit eine rechtliche Grundlage. Beispiele in anderen Ländern machen aber Hoffnung, dass künftig gehandelt werden kann. So gibt es ein Verbot von Plastiktüten in Los Angeles seit 23.05.2012, dort sollen statt Plastiktüten Papiertüten verwendet werden.

Auch die Umweltverbände WWF und BUND raten zu einem Plastiktütenverbot oder regen mindestens an, Plastiktüten nicht kostenlos abzugeben.

Auch die EU prüft aktuell die Einführung eines Plastiktütenverbots.

aus: sueddeutsche.de

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/eu-initiative-zum-umweltschutz-rueckschlag-fuer-plastiktueten-verbot-1.1311697>

EU-Umweltkommissar Janez Potocnik will den Verbrauch von Plastiktüten senken und prüft derzeit alle Möglichkeiten - bis hin zu einem Verbot. Doch diese Idee der EU-Kommission hat nun einen Rückschlag erlitten. Eine interne Studie der Brüsseler Behörde, die dem Spiegel vorliegt, kommt zu dem Ergebnis, dass Verbote sich zwar positiv auf den Umweltschutz auswirken würden, wohl aber "schwierige juristische Fragen aufwerfen". Tragetaschen aus Plastik europaweit zu verbannen, stehe im Konflikt mit den Regeln des EU-Binnenmarkts und dem internationalen Handelsrecht, heißt es in dem 133-seitigen Gutachten.

Auch ein nationales Verbot einzelner Mitgliedstaaten sei nicht mit EU-Recht vereinbar, weil es "eine ungesetzliche Verzerrung des Markts" darstelle. Zudem würde ein Verbot viele der rund 275 Produzenten von Plastiktüten mit ihren etwa 17.500 Beschäftigten in ihrer Existenz gefährden.

Stattdessen sprechen sich die Autoren der Studie dafür aus, die unentgeltliche Abgabe der Tüten zu verbieten. Der Preis sollte so hoch sein, dass er die Arbeits- und Umweltkosten trägt. Zudem müsse er immer wieder erhöht werden, damit sich die Verbraucher nicht daran gewöhnten.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel  
Oberbürgermeister